

Letztes Wort einer Angeklagten im Autobahnabseilaktionsprozess in Schleswig

Ich wende mich an Sie, liebe Presse, die sich mehr interessieren dafür, wie viel Polizei hier ist, welche Aufschrift unsere Pullover haben und ob wir das Gericht respektieren oder dazwischen reden, als dafür, worum es hier eigentlich geht. Eine Regierung, welche die Verkehrswende völlig verpasst und stattdessen weiter Autoindustrie und Straßenbau fördert – etwas was eigentlich seit über 40 Jahren, eigentlich schon immer, ein überkommenes Konzept ist. Wir brauchen nicht neue Straßen, wir brauchen den Ausbau von öffentlichem Personennahverkehr, kostenlos und flächendeckend – damit alle unabhängig von ihrem Geldbeutel sich bewegen können. Finanzierbar wäre das leicht über die Abschaffung der Subventionen für den Autoverkehr. Stattdessen gibt es Anklagen und immer heftigere Strafverfolgung gegen diejenigen, die das nicht hinnehmen wollen und für diejenigen kämpfen, die heute schon unter der Klimakrise leiden und für diejenigen, die es in Zukunft tun werden.

Die Berichterstattung wirft kaum einen kritischen Blick darauf, was das Gericht hier mit unseren Grundrechten macht. Ja, wir mögen eine ungewöhnliche Art haben, damit umzugehen und vielleicht sollte ich ruhiger bleiben, wenn mal wieder alle Angeklagtenrechte missachtet werden. Aber es ist immer noch die Richterin, welche verfügte, all unsere Daten draußen öffentlich aufzuhängen. Es ist die Richterin, die uns in unseren Ausführungen und Anträgen regelmäßig unterbricht und verhindert, dass Anträge dann gestellt werden können, wann die Strafprozessordnung es vorsieht. Auch Anträge, die eigentlich direkt entschieden werden müssten, weigerte sie sich schlicht zu entscheiden. All das sind nicht die Regeln die wir uns ausgesucht haben, aber wenn Sie hier doch so eifrig darauf beharren, dass der Rechtsstaat geachtet werden muss, dann schlagen sie doch mal das nach was die Richterin so an Verletzungen dessen macht und thematisieren das, wenn es um die Missachtung des Rechtsstaates geht und tun sie nicht so, als ob hier nur von einer Seite der Respekt für Gesetze fehlen würde.

Ich wende mich an Sie als Staatsanwalt, der hier Anklage erhoben hat. Ich weiß gar nicht wie ich das noch schaffe, aber ich bin immer wieder überrascht wie weit der Konstruktionswille reicht, wenn es darum geht, politisch unliebsame Taten zu verurteilen. Ich erinnere mich noch als wir mal mit einem Anwalt sprachen, der keine Erfahrung mit Politverfahren hatte – wegen einer anderen Sache – aber auch da konnte er sich nicht vorstellen, dass das überhaupt zur Anklage kommt. Kam es und kommt es heute. Wenn die Gesetze nicht passen werden sie eben anders und weiter ausgelegt – solange bis neue Gesetze gemacht werden, die das alte Vorgehen dann legitimieren. Schauen wir uns doch an, was uns vorgeworfen wird: Nötigung, laut Definition verwerflich jemand anders mit Gewalt dazu bringen was zu tun oder zu lassen. Wir erleben gerade eine unheimliche Ausweitung dieses Paragraphen. Gewalt ist plötzlich alles, sich an die Straße kleben, sich irgendwo abseilen, ja auch nur daneben zu stehen ist Gewalt – einem von uns wird nämlich nichts anderes vorgeworfen. Und wenn es nun wirklich nicht passt, Gewalt ausgeübt zu haben weil nicht mal jemand ansatzweise sowas wie im Weg gegangen hat, dann muss die Polizei herhalten. Sie wird dann zum von uns instrumentalisierten, willenlosen Werkzeug. So ein Bullshit, ich habe noch nie erlebt, dass eine Polizistin von mir Befehle entgegen genommen oder sich hat instrumentalisieren lassen das zu machen, was ich gerade will.

Ich denke es geht hier viel mehr darum, etwas zu verfolgen, was Sie verfolgt haben wollen und nicht nur Sie, sondern auch die ganzen anderen Scharfmacher*innen in diesem Land. Es soll sich bloß nichts ändern, alles beim alten bleiben, weiter Blechlawinen über Autobahnen rollen und unser Klima für immer zerstören. Auch der Beschluss vom Bundesverfassungsgericht zum Klimagesetz ändert nichts. Seitdem hat sich nichts grundsätzlich geändert an Klimaschutzmaßnahmen, aber es werden weiter und mit immer neuen abwegigen Gründen Klimagerechtigkeitsaktivist*innen verurteilt. Dazu tragen auch Sie persönlich bei: Sie legten Rechtsmittel ein gegen einen Freispruch,

der sich auf einem Klimanotstand begründete, damit das Prinzip der Verfolgung von Klimagerechtigkeitsaktivist*innen nicht in Frage gestellt wird.

Sehr schön, dass Sie hier ihre Beeinflussung durch die Innenministerin auch offen zugeben, so von wegen Unabhängigkeit der Justiz. Richten Sie ihr gerne aus, dass wenn sie für Klimaschutz sorgt, wir uns dann darum nicht mehr kümmern müssten, was uns sehr recht wäre.

Ich wende mich an Sie als Richterin. Für Sie gilt das gleiche wie für den Staatsanwalt. Sie sind Teil dieser Maschinerie, spätestens seitdem sie Strafbefehle unterschrieben haben.

Sie, die es so tief zu treffen scheint, dass zwei von uns nicht aufstehen. Und Sie, die das mit immer neuen Sanktions-Drohungen versuchen zu erzwingen. Sie können mich fürs Nicht-Aufstehen einsperren, Sie werden mich wahrscheinlich dafür einsperren müssen. Ich zahle nicht dafür, nicht aufzustehen. Der Staat wird dafür zahlen, ein Tag im Knast kostet weit über 100 Euro. Um ein absurdes, seit 100 Jahren überkommenes Ritual zu verteidigen. Sie werden das nicht selbst tun müssen, sondern Sie haben dafür ihre Helfershelfer*innen – schön sauber das deutsche Rechtssystem. Und nein, natürlich gibt es hier keine politischen Gefangenen. Aber was ist es bitte, wenn nicht politisch, Menschen für ihre Haltung gegenüber staatlichen Institutionen einzusperren?

Wie viele Tage werden es am Ende sein? Wie viel Geld das kosten? Wie viel Ansehen dem Staat bringen? Mit den Machtdemonstrationen ist es so eine Sache, wenn sie scheitern.

Ein bisschen ähnlich ist es bei dem Urteil, was jetzt ergehen soll, auch das wird meine Haltung nicht ändern. Leider bleiben Taten für Klimagerechtigkeit und gegen die sonstigen Zerstörungen des Autoverkehrs weiter notwendig. Wie in meinem Eingangsstatement bereits dargelegt – ich würde mich darüber freuen, Vögel in der Stadt zu hören und Luft zu atmen, die nicht vom Feinstaub so gesättigt ist, dass sie krank macht. Und trotzdem werden sie uns verurteilen, Sie werden sagen für die Straftat die wir begangen haben sollen, aber gerade wenn ich mir ansehe, wie die konstruiert wurde, ist es doch wohl erst Recht für unsere Haltung.

Ich werde das nicht mögen, weder Knast- noch Geldstrafe, die letzten Endes ja auch nicht viel was anderes ist und von der ich jetzt noch nicht sagen kann, ob der Staat davon auch nur einen Cent sieht. Ich werde es hassen und darunter leiden eingesperrt zu sein. Weiß ich, kenne ich. Ist halt dafür da, das mit der Strafe. Warum auch immer es irgendwem Spaß macht oder sinnvoll erscheint, andere leiden zu lassen. Wäre nicht so mein Ding. Okay, manchmal würde ich es denen gönnen, die diese Strafen verhängen, die Erfahrung mal selbst zu machen. Aber wenn ich näher drüber nachdenke – auch Ihnen nicht, weil es nichts bringt. Weil Strafe niemand besser macht. Weil Knast keine Probleme löst, sondern nur neue schafft. Weil wir nur in Freiheit und freiwilliger Kooperation uns weiter entwickeln können. Ich weiß warum ich meine Seite gewählt habe. Nicht zum ersten und ziemlich sicher auch nicht zum letzten Mal und damit kann ich letztendlich überall freier sein als Sie.

Aber was gibt es Ihnen, mich für meine durch mein Sitzenbleiben und meine durch Erklärungen und auch Taten ausgedrückte politische Haltung zu bestrafen? Rache? Oder meinen Sie ernsthaft, das zeigt die Durchsetzungsfähigkeit des Staates, der seine Organe schützt? Wie ist das mit der Verhältnismäßigkeit?

Oscar Wilde sagte dazu: „Wenn man die Geschichte erforscht, nicht in den gereinigten Ausgaben, die für Volksschüler und Gymnasiasten veranstaltet sind, sondern in den echten Quellen aus der jeweiligen Zeit, dann wird man völlig von Ekel erfüllt, nicht wegen der Taten der Verbrecher, sondern wegen der Strafen, die die Guten auferlegt haben; und eine Gemeinschaft wird unendlich mehr durch das gewohnheitsmäßige Verhängen von Strafen verroht als durch das gelegentliche

Vorkommen von Verbrechen. Daraus ergibt sich von selbst, dass je mehr Strafen verhängt werden, um so mehr Verbrechen hervorgerufen werden... Je weniger Strafe, um so weniger Verbrechen.“

Ich wende mich an Sie, ausführende Organe von Polizei- und Justizwachtmeister*innen.

Macht Ihnen das eigentlich Freude, Menschen zu schikanieren, einzusperren, zu durchsuchen, zu schlagen, zu quälen? Letztendlich ist es nämlich das, was ein staatliches Gewaltmonopol heißt. Es gibt die Legitimation Gewalt auszuüben an Menschen. Für Sie wird dann Gewaltausübung zur Normalität. Ich habe mich mal mit einem Justizwachtmeister unterhalten. Der meinte, er würde keine Gewalt ausüben. Ich habe ihm gesagt, er würde sich was vormachen. Ihr Job ist genau das: Gewalt auszuüben. Menschen einsperren ist Gewalt. Viel mehr Gewalt als alles was uns hier vorgeworfen wird. Nur wird diese Gewalt nicht wahrgenommen, weder von Ihnen, die sie ausüben, noch von denen die sie anordnen, wie der Richter*in, noch von denen die sie beobachten, wie der Presse.

Ich bin betroffen von dieser Gewalt. Heute und immer wieder so wie so viele andere, die nicht in herrschende Normen passen, warum auch immer. Wenn meine Freund*innen traumatisiert von der Brutalität von Polizeieinsätzen sind, wenn ihnen bewusst Schmerzen zugefügt werden um sie dazu zu bringen, bei erkennungsdienstlichen Behandlungen zu kooperieren, wenn sie nicht schlafen können, weil die Erinnerungen vom Eingesperrt-Sein hochkommen aus Knast- oder Polizeizellen. Es ist dieses System was krank macht.

Ich wende mich an alle Anwesenden. Wir leben leider nicht in der besten aller Welten oder in dem besten aller Systeme. Schaut euch doch einfach nur mal um, schaut euch die nichtssagenden Beschlüsse von Klimakonferenzen an, schaut euch an, wie weiter Subventionen in die Autoindustrie fließen, auf wie viel Widerstand günstiger oder kostenloser ÖPNV stößt, wie Inseln im Meer versinken und Hitzewellen und Stürme zunehmen und wie wenig Taten folgen. Schaut euch um, seht was an den europäischen Außengrenzen oder den Abbaugebieten von Cobalt und Lithium passiert, seht hin, wenn die EU Folterlager in Libyen finanziert und sagt mir noch einmal, wir leben in einem guten System, dem besten, was wir haben. Was für ein System ist das, was aufgebaut ist auf dem Leid so vieler Menschen?

Teil dessen sind auch Gerichte, wenn sie Menschen verurteilen, die ohne Ticket fahren, weil sie kein Geld haben oder Menschen abschieben lassen. Gerichte schützen den status quo und diejenigen die Geld haben, seien es VW-Manager oder Regierende. Bauern aus Peru bekommen hier kein Recht gegen Klimazerstörer von RWE. Ich will und kann das nicht ausblenden.

Und deshalb schließe ich jetzt mit einem Gedicht, dass seine Gültigkeit in den letzten 100 Jahren nicht verloren hat:

Ich hab's mein Lebtage nicht gelernt,
mich fremdem Zwang zu fügen.
Jetzt haben sie mich einkasernt,
von Heim und Weib und Werk entfernt.
Doch ob sie mich erschlügen:
Sich fügen heißt lügen!

Ich soll? Ich muß? – Doch will ich nicht
nach jener Herrn Vergnügen.
Ich tu nicht, was ein Fronvogt spricht.
Rebellen kennen bessre Pflicht,

als sich ins Joch zu fügen.
Sich fügen heißt lügen!

Der Staat, der mir die Freiheit nahm,
der folgt, mich zu betrügen,
mir in den Kerker ohne Scham.
Ich soll dem Paragraphenkram
mich noch in Fesseln fügen.
Sich fügen heißt lügen!

Stellt doch den Frevler an die Wand!
So kann's euch wohl genügen.
Denn eher dorre meine Hand,
eh ich in Sklavenunverstand
der Geißel mich sollt fügen.
Sich fügen heißt lügen!

Doch bricht die Kette einst entzwei,
darf ich in vollen Zügen
die Sonne atmen – Tyrannei!
dann ruf ich's in das Volk: Sei frei!
Verlern es, dich zu fügen!
Sich fügen heißt lügen!

Von Erich Mühsam, 1919.